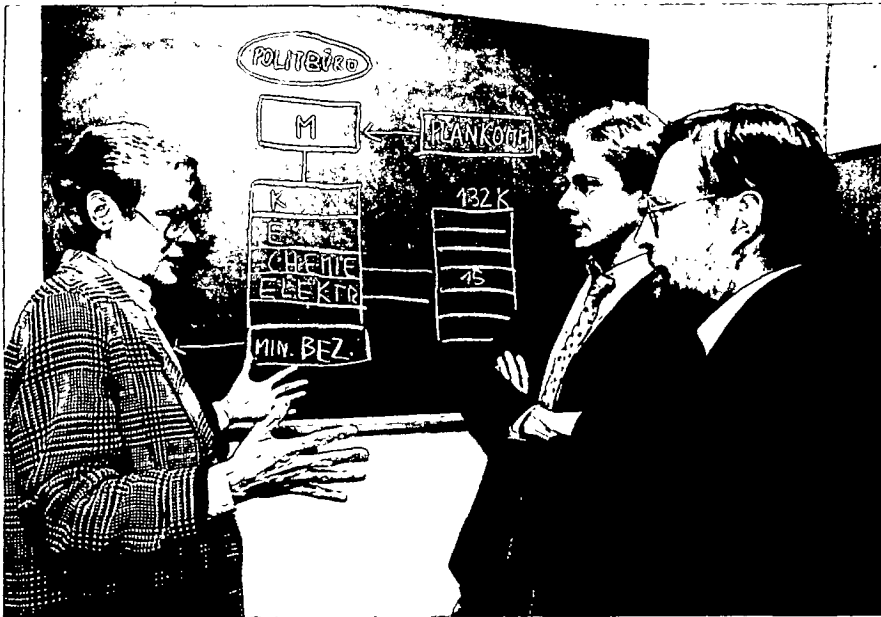


„Das System produziert Knappheit“

SPIEGEL-Gespräch mit der Ost-Expertin Doris Cornelsen über Lage und Reformmöglichkeiten der DDR-Wirtschaft



Cornelsen, SPIEGEL-Redakteure*: „Mit politischen Reformen beginnen“

SPIEGEL: Frau Cornelsen, die DDR-Führung scheint derzeit nur die Wahl zu haben, die Grenzen zu verrammeln oder einen erheblichen Teil gerade der jungen, dynamischen Bevölkerungsschichten zu verlieren. Gibt es für die DDR kurzfristig überhaupt einen Weg aus diesem Dilemma?

CORNELSEN: Die DDR hat ihre große Chance schon 1985 vertan, als sie Gorbatschows Reformkurs nicht folgte. Hätte sie damals Reformen eingeleitet, wäre es kaum soweit gekommen. Je länger sie noch wartet, desto schwieriger wird die Situation. Zwar glaube ich nicht, daß es in der DDR zu Aufständen kommt. Aber die Stimmung im Land wird sich weiter verschlechtern. Das erschwert natürlich auch die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Und dann wollen noch mehr weg.

SPIEGEL: Die DDR-Wirtschaft klagt schon heute über Arbeitskräftemangel. Kann sie diesen Aderlaß junger, gutausgebildeter Menschen überhaupt verkraften?

CORNELSEN: In der Wirtschaft der DDR sind schon seit geraumer Zeit über 100 000 Ausländer beschäftigt. Arbeitskräftemangel ist also nichts Neues. Es gibt ja auch schon seit einigen Jahren ei-

ne große Zahl von genehmigten Ausreisen – in diesem Jahr etwa 100 000. Jetzt kommen noch über 40 000 hinzu, die über Ungarn oder die bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau geflüchtet sind.

SPIEGEL: Also ist die DDR da besonders verwundbar?

CORNELSEN: Man sollte dieses Problem nicht dramatisieren. Der Verlust

Doris Cornelsen

gilt als eine der besten Kennerinnen der DDR-Wirtschaft. Die promovierte Volkswirtin, seit über drei Jahrzehnten beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin beschäftigt, leitet dort seit 1974 die Abteilung DDR und östliche Industrieländer. Daß Doris Cornelsen, 56, die Probleme der DDR-Wirtschaft differenzierter betrachtet als die meisten ihrer Kollegen in der Bundesrepublik, macht sie in der DDR nicht unbedingt beliebter: Als sie jüngst die offiziellen Wachstumszahlen der DDR-Wirtschaft anzweifelte, war das dem SED-Organ *Neues Deutschland* eine wütende Replik wert.

von etwa einem Prozent des Arbeitskräftevolumens ist zu verkraften, zumal in der DDR mit Arbeitskräften sehr verschwenderisch umgegangen wird. Die gesamte Wirtschaft dort arbeitet ja nach dem Prinzip der Vergeudung: Alles ist zu materialintensiv, zu arbeitsintensiv, zu energieintensiv.

SPIEGEL: Der zunehmende Arbeitskräftemangel könnte also durch stärkere Rationalisierung behoben werden?

CORNELSEN: In der DDR gibt es immer so eine Art Pseudoknappheit. Es heißt zwar immer, alles sei knapp, aber dieses System produziert diese Knappheit selbst. Nichts ist richtig durchrationalisiert, die Maschinen sind oft alt und kaputt. Deshalb müssen viele DDR-Betriebe eine geradezu unvorstellbare Menge von Leuten beschäftigen, die nur Reparaturarbeiten ausführen. Außerdem brauchen diese veralteten Maschinen und Anlagen viel zuviel Material und Energie, und das führt zu weiterer Knappheit. So ist das auch bei den Arbeitskräften.

SPIEGEL: Gesetz den Fall, Sie würden als wirtschaftspolitische Beraterin der DDR-Führung engagiert. Wo würden Sie ansetzen, um solche Mißstände zu beseitigen?

CORNELSEN: Ich würde mit politischen Reformen beginnen. Überhastete Wirtschaftsreformen sind nicht das, was die DDR braucht. Die Sowjetunion und Polen liefern dafür ja auch kein überzeugendes Vorbild. Die DDR-Bevölkerung braucht im Moment eigentlich nur das Gefühl, daß in der politischen Führung die Bereitschaft besteht, mit ihr zusammenzuarbeiten und gemeinsam einen Weg aus der Krise zu finden.

SPIEGEL: Das soll schon reichen, um die Bevölkerung ruhigzustellen?

CORNELSEN: Die Motivation im Land würde sich schlagartig ändern. Mir scheint, von allen Problemen, die es in der DDR gibt – und das sind ja eine ganze Menge –, ist die mangelnde Motivation das größte. Wenn ein Prozent der Berufstätigen weggeht, ist das nur dann schlimm, wenn auch die übrigen 99 Prozent keine Lust mehr haben.

SPIEGEL: Könnte man deren Lust nicht auch durch eine leistungsgerechtere Entlohnung steigern?

CORNELSEN: In der DDR gibt es eine sehr geringe Spanne zwischen den unteren und den oberen Einkommen. Hoch-

* Armin Mahler, Walter Knips im Berliner Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.

wertige Leistung wird nicht ausreichend belohnt. Und wer Geld hat, kann damit nicht kaufen, was er gern haben möchte. Sowohl das Lohn- und Gehaltssystem als auch das fehlende Angebot führen zu mangelnder Motivation. Beides kann man so schnell nicht ändern. Deshalb muß die Motivation politisch gesteigert werden.

SPIEGEL: Was ist so schwer daran, in den Betrieben mehr Leistungsanreize einzuführen?

CORNELSEN: Die geringe Spanne zwischen unteren und oberen Einkommen war politisch gewollt. Aber die Regierung der DDR denkt inzwischen durchaus darüber nach, ob das noch sinnvoll ist, und es kann sein, daß sich daran etwas ändert. Die andere Seite, nämlich mehr Konsumgüter herzustellen, ist sehr viel schwieriger. In der DDR haben alle etwas zu essen – meistens sogar zuviel –, alle sind auch mit Kleidung ganz ordentlich ausgestattet. Aber was darüber hinausgeht, gibt es nicht: Sortimentsvielfalt, Qualität, moderne und modische Produkte. Deshalb fehlt eben die Motivation, mehr zu tun: Was soll man denn mit dem Mehrverdienst anfangen?

SPIEGEL: Warum schafft es die DDR-Wirtschaft nicht, ausreichend Konsumgüter anzubieten?

CORNELSEN: Das liegt daran, daß die DDR das stalinistische System der Planwirtschaft übernommen hat. Die DDR hat es in den 40 Jahren ihres Bestehens nicht geschafft, diese Planwirtschaft effizient zu machen. Das ist ein empirischer Beweis dafür, daß die Planwirtschaft Unfug ist. Die Menschen in der DDR sind schließlich befähigt, die Facharbeiter sind es, die Wissenschaftler auch.

SPIEGEL: Die DDR verweist gern auf ihre enormen Wachstumsraten. Ihr Nationaleinkommen, behaupten DDR-Ökonomen, sei pro Kopf von 1970 bis 1987 um 120 Prozent gestiegen, das Japans nur um 73 und das der Bundesrepublik gar nur um 44 Prozent. In der ersten Hälfte dieses Jahres legte die DDR mit vier Prozent eine Wachstumsrate vor, die sich im internationalen Vergleich durchaus sehen lassen kann. Sind das alles gefälschte Zahlen?

CORNELSEN: Eins steht fest: Die DDR hat wirklich Wachstum, und sie hat auch etwas erreicht. Wenn Sie die DDR vom Beginn der siebziger Jahre mit der von heute vergleichen, insbesondere in Ost-Berlin, werden Sie feststellen, daß sich wirklich vieles verbessert hat. Die Haushalte sind besser ausgestattet, die Industrieproduktion ist gestiegen.

SPIEGEL: Wenn die Zahlen stimmten, müßte die DDR die Bundesrepublik bald einholen.

CORNELSEN: Alle DDR-Forscher in der Bundesrepublik sind sich einig, daß die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik die Zahlen nicht bewußt verfälscht oder manipuliert. Das Problem liegt in der statistischen Methode der Preisbereinigung. Für neue, bessere Produkte gibt es keine vergleichbaren Preise aus früherer Zeit. Daher werden geringfügig verbesserte Produkte zu neuen Produkten erklärt und gehen mit den neuen Preisen in die Statistiken ein.

SPIEGEL: Bei dem hohen Anteil neuer Produkte an der Gesamtproduktion müßte die DDR eines der innovativsten Länder sein.

CORNELSEN: Sicher, aber Sie können sich ja vorstellen, wie so etwas läuft. Ich habe einmal einen Betrieb des Schwermaschinenbaus besichtigt, der angeblich 38 Prozent neue Produkte im Programm hatte. Mir schienen aber die Produkte aus

CORNELSEN: Die DDR hat immer versucht, weitgehend autark zu sein, also alles selbst zu produzieren. Das ging teilweise gar nicht anders, weil im Osten zuverlässige Lieferanten und für den Einkauf im Westen Devisen fehlten. Aber eine solche Politik läßt sich nicht durchhalten, schon gar nicht in einem Land mit nur 17 Millionen Einwohnern. Wenn man dann noch Schwerpunktbereiche wie die Mikroelektronik bildet, müssen andere Bereiche zwangsläufig vernachlässigt werden. Und das sieht man auch.

SPIEGEL: Jetzt aber, mit Beginn der politischen Reformen in der UdSSR, bestünde die Chance, solche historisch gewachsenen Fehlentwicklungen zu korrigieren. Oder sehen Sie die Gefahr, daß, wie in der Sowjetunion, die Versorgungslage dann erst einmal sehr viel schlechter wird?

CORNELSEN: Wirkliche wirtschaftliche Reformen sind ein großes Risiko. Man muß damit rechnen, daß erst einmal ei-



Eulenspiegel/Ost-Berlin

„Jetzt flicken wir nur provisorisch, aber im nächsten Jahr dann gründlich“

dem vorigen Jahrhundert, die an der Wand im Sitzungssaal hingen, mit den heute produzierten ziemlich identisch zu sein. Wie der Betrieb auf eine Innovationsrate von 38 Prozent kommt – das ist einfach die Kunst des Hauptbuchhalters.

SPIEGEL: Die Wirtschaftslenker der DDR rühmen sich gern ihrer Erfolge in der Mikroelektronik...

CORNELSEN:... die ja auch sehr beachtlich sind. Aber man hatte sich davon einen enormen Schub für die gesamte Wirtschaft versprochen. Und darauf hofft man immer noch.

SPIEGEL: In dieses Prestigeprojekt investierte die DDR 14 Milliarden Mark. Das ging doch wohl auf Kosten anderer Bereiche, die entsprechend vernachlässigt wurden?

ne Weile Chaos herrscht und daß die Erfolge nur langsam kommen. Insofern ist die zögernde Haltung der DDR verständlich. Aber ohne Reformen kommt das Desaster auch. Der DDR bleibt nur die Wahl, das Chaos schnell zu kriegen und es dann zu überwinden oder es noch hinauszuschieben. Und dann wird es noch schlimmer.

SPIEGEL: Man müßte also die Grausamkeiten einer Reform wie etwa Schließung unrentabler Betriebe und Freigabe der Preise möglichst rasch begehen?

CORNELSEN: Das Hauptproblem bei allen Reformen ist wohl, daß sie zunächst sehr schmerzhaft sind. Das hat man in China gesehen, wo es nach Freigabe der Preise zu hohen Inflationsraten und sozialen Spannungen kam, und aus

Angst vor einer ähnlichen Entwicklung hat man in der Sowjetunion die Preisreform nun bis zur Mitte der neunziger Jahre zurückgestellt. Auch in der Bundesrepublik hatten wir nach der Währungsreform zunächst mal enorme Preissteigerungen, bis dann die Produktion anließ und das Warenangebot gesteigert wurde.

SPIEGEL: Reformen sollten also nicht häppchenweise, sondern schlagartig eingeführt werden?

CORNELSEN: Die Planwirtschaft muß einfach weg in den Bereichen, in denen sie völlig unsinnig ist.

SPIEGEL: Gibt es denn überhaupt Bereiche, in denen Planwirtschaft sinnvoll ist?

CORNELSEN: Ich glaube, daß sie im Wohnungsbau, möglicherweise auch in der Energiewirtschaft und in der Mikroelektronik durchaus von Vorteil ist.

SPIEGEL: Warum gerade in der Mikroelektronik?

CORNELSEN: Da haben wir überall in der Welt riesige Betriebe, die zu einem erheblichen Teil mit öffentlichen Mitteln arbeiten. Aber im Bereich des Maschinenbaus und in der Konsumgüterindustrie beispielsweise ist diese Organisationsstruktur sicher falsch. Die Kombinate dort müssen aufgelöst werden.

SPIEGEL: Also weg mit der Planwirtschaft, jedenfalls in den meisten Bereichen – und was kommt dann? Die sozialistische Marktwirtschaft? Funktioniert die überhaupt? Wir kennen noch kein praktisches Beispiel dafür.

CORNELSEN: Jetzt kommen Sie sicher gleich mit dem Satz: Man kann nicht nur ein bißchen schwanger sein.

SPIEGEL: Einer der führenden DDR-Ökonomen, Professor Otto Reinhold, sagt: Wir können nicht ein Achtel oder ein Viertel Kapitalismus einführen und den Rest sozialistisch organisieren. Wir werden dann gezwungen sein, immer mehr marktwirtschaftliche Elemente einzuführen.

CORNELSEN: Ja, diesen Satz hat er schon oft gesagt, und ich habe mich immer darüber geärgert. Kapitalismus, sagt er, könne man nicht stückchenweise einführen, sondern nur en bloc, und das wollen wir nicht. Das ist genauso falsch wie die Behauptung neoliberaler Ökonomen hier bei uns, ein Stückchen Planwirtschaft in unserem Wirtschaftssystem werde schließlich die gesamte Marktwirtschaft überwuchern und erdrücken.

SPIEGEL: Man kann also plan- und marktwirtschaftliche Elemente durchaus kombinieren?

CORNELSEN: Schauen Sie sich doch an, was wir im Westen für Spielarten von Kapitalismus haben, in den Vereinigten Staaten, in der Bundesrepublik, in Schweden. Ich bin sicher, daß auch im

Sozialismus sehr viele Kombinationen plan- und marktwirtschaftlicher Elemente möglich sind. Außerdem ist die Planwirtschaft durchaus kein unverzichtbarer Bestandteil des Sozialismus. Die sozialistischen Ideen sind sehr visionäre Ideen von einer Welt, die frei von Ausbeutung ist, in der die Menschen sicher leben können und gleiche Startchancen haben. Dies sind sicher Grundelemente des Sozialismus, aber nicht die Planwirtschaft.

SPIEGEL: In der Theorie ist der Sozialismus sicher für viele Menschen sympathischer als der Kapitalismus. Aber in der Praxis hat der Kapitalismus eindeutig die größere Anziehungskraft.

CORNELSEN: Aus einigen Umfragen geht hervor, daß die DDR-Bevölkerung bestimmte sogenannte Errungenschaften des Sozialismus durchaus anerkennt, daß sie das vergesellschaftete Eigentum durchaus gut und richtig findet, daß sie die soziale Sicherheit schätzt und auch das Bildungssystem. Das einzige in der DDR-Wirtschaft, was eben Unfug ist, ist die totale Planwirtschaft.

SPIEGEL: Die sogenannten sozialistischen Errungenschaften bestehen vor allem darin, die Bevölkerung mit billigen Grundnahrungsmitteln, Wohnungen, öffentlichen Transportmitteln und kostenlosem Gesundheitsdienst zu versorgen. Das aber erfordert riesige Subventionen aus dem Staatshaushalt. In Polen, der Sowjetunion und anderen Ostblockländern bemühen sich die Regierenden, diese Preissubventionen abzubauen, weil sie einfach nicht mehr zu finanzieren sind. Wie lange kann sich die DDR diese Errungenschaften noch leisten?

CORNELSEN: Der Brocken der Preissubventionen ist mittlerweile auf ungefähr 20 Prozent der gesamten Staatsausgaben angewachsen. Und manche DDR-Ökonomen räumen ein, daß die-

ses System ökonomisch unsinnig ist, weil es zur Verschwendung billiger Grundnahrungsmittel führt. Aber es gilt als Kernstück der DDR-Sozialpolitik, das nicht aufgegeben werden soll. Nur so könne verhindert werden, argumentieren die DDR-Ökonomen, daß die wirtschaftlich Schwächsten unter die Armutsgrenze sinken.

SPIEGEL: Mit direkten Zuwendungen könnte man den unteren Einkommenschichten doch viel gezielter – und obendrein billiger – helfen als mit der Heruntersubventionierung von Brot- und Kartoffelpreisen.

CORNELSEN: Ja, der sozialpolitische Effekt der Preissubventionen ist sehr fragwürdig. Die Grundversorgung ist zwar billig, dafür sind höherwertige Konsumgüter aber um so teurer. Denn irgendwie muß der Staat das Geld, das er für die Preissubventionen ausgibt, ja wieder hereinholen. Die Leute können sich also billiges Brot kaufen, sind aber außerstande, sich auch noch den Kaffee dazu zu leisten.

SPIEGEL: Vor allem junge Leute in der DDR ärgern sich sehr, daß das Pkw-Angebot so knapp, schlecht und teuer ist. In der Bundesrepublik gehört das Auto inzwischen zur Grundversorgung; ein DDR-Bürger dagegen muß froh sein, wenn er endlich einen Trabi zugeteilt bekommt – einen Wagen, der eigentlich ins Museum, aber nicht auf die Straße gehört. Warum ist der Unterschied zwischen dem Pkw-Angebot hier und in der DDR so extrem?

CORNELSEN: Lange Jahre hat die DDR-Führung den Automobilbereich bewußt vernachlässigt. Unter Ulbricht wurde das Auto als kapitalistisches Produkt angesehen, das im Sozialismus nicht gefördert werden sollte. Statt dessen sollten die öffentlichen Verkehrsmittel so ausgebaut werden, daß kein Mensch ein Auto braucht.

SPIEGEL: Das ist ja wohl gründlich mißlungen.

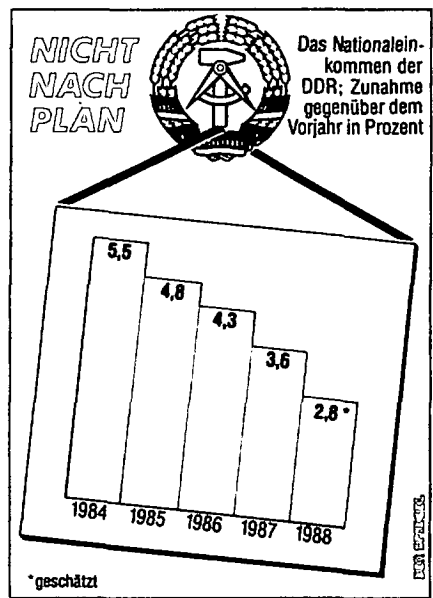
CORNELSEN: Ja, gerade in diesem Bereich ist die Infrastruktur der DDR sehr schlecht. Aber selbst wenn die öffentlichen Verkehrsmittel in der DDR hervorragend wären: Das Auto ist nun mal für viele Leute etwas ganz besonders Hübsches. Die wollen eben lieber mit dem eigenen Auto als mit dem Bus fahren.

SPIEGEL: Und warum gibt es dann so viele Jahre nach Ulbrichts Tod immer noch den musealen Trabi?

CORNELSEN: Das liegt wohl nicht nur daran, daß sich die DDR-Wirtschaft allgemein schwertut, Innovationsprozesse in Gang zu setzen. Mir scheint, daß hier auch ein Leitungsproblem vorliegt.

SPIEGEL: Heißt das, daß in der Automobilindustrie der DDR besonders unfähige Manager versammelt sind?

CORNELSEN: Ich fürchte, ja.





Industrieansiedlung in Bitterfeld: „Die DDR hat es in 40 Jahren nicht geschafft, die Planwirtschaft effizient zu machen“

SPIEGEL: Warum hat man dann der Bevölkerung nicht wenigstens gestattet, Gebrauchtwagen einzuführen, zum Beispiel aus der Bundesrepublik?

CORNELSEN: Im Grund genommen ist es gar nicht so schwer, in der DDR an ein neues Auto heranzukommen. Der Automobilmarkt dort ist inzwischen recht putzig organisiert. Ein gut geführter DDR-Haushalt hat natürlich immer eine Reihe von Anträgen auf einen Pkw laufen, von den Großeltern über die Eltern bis zu den erwachsenen Söhnen und Töchtern. Diese Anträge sind zeitlich so gestaffelt, daß alle drei, vier Jahre ein neues Auto fällig wird. Das alte Auto läßt sich dann auf dem Gebrauchtwagenmarkt zu einem Preis abstoßen, der genauso hoch wie der für den Neuwagen ist.

SPIEGEL: Also ist es gar nicht so schlimm mit den 15 Jahren Wartezeit auf einen neuen Wagen?

CORNELSEN: Ein gut organisierter Haushalt braucht nicht so lange zu warten.

SPIEGEL: Was aber macht ein Alleinstehender?

CORNELSEN: Für den ist es natürlich schwierig. Deshalb ist es ja gerade für junge Leute so ärgerlich, daß sie sich ausrechnen können: Mit 35 Jahren erhalte ich mein erstes Auto.

SPIEGEL: Im Vergleich zu anderen sozialistischen Ländern hat die DDR eine recht niedrige Auslandsverschuldung. Warum nutzt sie ihren Kredit-Spielraum im Westen nicht, um durch mehr Importe von Maschinen und Anlagen die Wirtschaft zu modernisieren?

CORNELSEN: Da wirken wohl schlechte Erfahrungen aus den frühen achtziger Jahren nach. Wie die Partner-Länder im Osten auch hatte sich die DDR in den siebziger Jahren ziemlich rasch verschuldet, wenn auch längst nicht so stark wie Polen, Ungarn oder Rumänien. 1981 wurden dann Polen und Rumänien faktisch zahlungsunfähig, und zum Entsetzen der Ost-Berliner Führung warfen die westlichen Banken die DDR sogleich in einen Topf mit den Polen und Rumänen. Es gab plötzlich keine Anschlußkredite mehr, und die DDR geriet in eine äußerst schwierige Lage, weil sie ziemlich abrupt ihre Schulden zurückführen mußte. Dieser Schock von 1981/82 sitzt der DDR-Führung noch heute so in den Knochen, daß sie sich scheut, mehr Kredite im Westen aufzunehmen.

SPIEGEL: Wenn es um Kredite für die DDR geht, gibt es in der Bundesrepublik zwei Schulen. Die eine argumentiert: Diese Betonköpfe dürfen wir nicht mit Westgeld unterstützen. Die andere sagt: Wir müssen denen helfen, damit dort nicht alles bricht – mit dann unabsehbaren Folgen für das Ost-West-Verhältnis. Wie sehen Sie das?

CORNELSEN: Ich glaube, daß der Westen, daß ganz Westeuropa nicht umhinkönnen wird, Osteuropa zu helfen, und zwar sehr massiv.

SPIEGEL: Aber einige hier im Westen wollen da selektieren zwischen den reformfreudigen Kräften und den Bremsern.

CORNELSEN: Das sieht man zum Beispiel an den Handelsverträgen, die die

EG mit Ungarn, der ČSSR und Polen abgeschlossen hat. Man sollte Europa nicht in West und Ost und Osteuropa dann noch mal in mehrere Teile aufbröseln. Dadurch wird alles nur noch chaotischer. Ich meine, daß Westeuropa wirtschaftliche Zusammenarbeit und Hilfe nicht von politischem Wohlverhalten abhängig machen sollte.

SPIEGEL: Die EG will Polen und Ungarn im kommenden Jahr mit je 600 Millionen Mark helfen. Ist das nicht so, als ob man einen liegengebliebenen Wagen mit einem Tropfen Benzin wieder flottkriegen will?

CORNELSEN: Ja, das sieht fast so aus. Diese Mittel versickern einfach, wenn sie nicht projektgebunden vergeben werden.

SPIEGEL: Rechnen Sie damit, daß nach der Honecker-Ära in der DDR Reformen das Regiment übernehmen?

CORNELSEN: Ich bin kein Hellseher. Aber ich weiß, daß die DDR über eine ganze Menge guter Leute verfügt – auch in der SED –, die durchaus Vorstellungen darüber entwickelt haben, was geändert werden müßte.

SPIEGEL: Sehen Sie da schon einen deutschen Gorbatschow in den Startlöchern?

CORNELSEN: Nein. Aber es ist nicht auszuschließen, daß auch in der DDR so ein Mann nach oben kommt. Schließlich haben wir ja auch bei Gorbatschows Amtsantritt nicht gehaut, was der noch so alles anstellen würde.

SPIEGEL: Frau Cornelsen, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.